

BULLETIN N°034 - 7. OKTOBER 2009

In dieser Ausgabe:

- ❖ **INTERNATIONAL:** HOCHSCHULFRANCHISING IM AUFWIND
- ❖ **BELGIEN:** STRUKTURREFORM IM FLÄMISCHEN HOCHSCHULWESEN
- ❖ **FRANKREICH:** MARSCHBEFEHL FÜR „OPÉRATION CAMPUS“
- ❖ **GRIECHENLAND:** HALBE ZUGESTÄNDNISSE STATT ECHTER REFORMEN
- ❖ **GROSSBRITANNIEN:** LOBBYISTEN WÜNSCHEN SICH „QUALITÄTSSTUDENTEN“
- ❖ **ITALIEN:** STEUERFLÜCHTLINGE SOLLEN HOCHSCHULREFORM FINANZIEREN
- ❖ **NIEDERLANDE:** UMSTRITTENE ENTLASSUNG DES DOZENTEN TARIQ RAMADAN
 - ❖ **NIEDERLANDE:** STUDIENBEIHILFE IST „KEIN TABU“
 - ❖ **POLEN:** LUBLIN RATIONALISIERT
 - ❖ **RUMÄNIEN:** BILDUNGSMINISTERIN UNTER BESCHUSS
 - ❖ **RUSSLAND:** FORSCHER SCHREIBEN AN MEDWEDJEW
 - ❖ **SCHOTTLAND:** NEUE DEBATTE UM STUDIENGEBÜHREN
 - ❖ **SPANIEN:** KOSTSPIELIGE UNIVERSITÄTSTRATEGIE
 - ❖ **SPANIEN:** GRANADA AUF DEM FAHRRAD
- ❖ **UNGARN:** ANBAHNUNG EINER NEUEN HOCHSCHULFINANZIERUNG

INTRO

Es kristallisieren sich wiederkehrende Muster der Reorganisation des tertiären Bildungssektors und der Forschung nach marktwirtschaftlichen Prinzipien heraus:

Milliardenschwere Staatsprogramme zur Schaffung großen Hochschul- und Forschungskonglomeraten, für die schon die Superlative „Supercampus“ oder „Megacampus“ geprägt wurden. **Spanien** und **Frankreich** läuten die erste Runde ein.

Demgegenüber stehen leere Staatskassen und Einsparungen in der Bildung: **Flandern** und **Polen** rationalisieren, **Großbritannien** und die **Niederlande** suchen in der Kaffeedose der privaten Haushalte.

Kursänderungen hin zur angebotsorientierten Finanzierung der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung stehen in **Rumänien** und **Ungarn** bevor.

Die kapitalstärksten Länder expandieren **international** durch Gründung von Filialuniversitäten und Forschungsstätten in anderen Teilen der Welt, während **Russland** einen Exodus seiner besten Wissenschaftler beklagt.

Italien macht die Göttliche Tragödie zur Farce: Amnestierte Steuerflüchtlinge sollen die nächste Hochschulreform finanzieren.

Gegentendenzen in **Schottland**: ein Entschuldungsprogramm statt Studiengebühren; Granada (**Spanien**) gründet einen universitären Fahrradverleih; in Rotterdam (**Niederlande**) markiert die Entlassung des Dozenten und Integrationsberaters Tariq Ramadan die Grenze des Multikulturalismus.

Die europäische Hochschule als News – im wöchentlichen Bulletin von ESNA aus Berlin.



INTERNATIONALE HOCHSCHULFRANCHISING IM AUFWIND



Hochschulgründungen im Ausland nehmen zu. Einem aktuellen Bericht des *Observatory on Borderless Higher Education* (OBHE) zufolge hat die Zahl ausländischer Hochschulfilialen allein in den letzten drei Jahren um 43 % zugenommen (von 82 in 2006 auf 162 in 2009).

Die meisten ausländischen Hochschulgründungen (51 %) erfolgen in südlicher Richtung und aus englischsprachigen Ursprungsländern (USA 49 %, Australien 9 %, Großbritannien 8 %). Die Zielländer mit den meisten Filialen sind bisher die Arabischen Emirate (25 %) gefolgt von China (9 %) und Singapur (7 %). Zugleich, so vermerkt das OBHE, sind auch Gründungen in derselben Hemisphäre im Wachsen begriffen. So finden allein 30 % der Hochschulausgründungen im Norden statt, während im Süden Länder wie Indien, Pakistan, Chile, Iran und Libanon ihre horizontalen Aktivitäten verstärkt haben. [842]

„International Branch Campuses: Markets and Strategies“, OBHE, 01.09.2009 (auf Englisch)

DRASTISCHE STRUKTURREFORM IM FLÄMISCHEN HOCHSCHULWESEN

Das im April verabschiedete Bildungsdekret XIX ist wird mit Beginn dieses akademischen Jahres wirksam. Darin wird einerseits die Akkreditierung für Studiengänge und Einrichtungen, etwa die Antragsfristen und Gültigkeit von Zulassungen, geregelt.

Einschneidender dürfte jedoch die Fusion der bisher unabhängigen Verbände für Universitäten (VLIR) und Fachhochschulen (VLHORA) zu einer einzigen Institution, dem Flämischen Universitäts- und Hochschulrat VLUHR sein. Diese Einrichtung wird ab 2010 die Qualitätskontrolle für alle höheren Bildungseinrichtungen übernehmen, zwischen ihnen vermitteln und die Bildungs- und Wissenschaftsminister beraten. Diese Verwaltungsreform folgt auf den vor einigen Jahren angestoßenen Prozess der Eingliederung aller kleineren Fachhochschulen in die Universitäten, der bis 2013 abgeschlossen sein soll (*siehe Bulletin N°005 – 8.12.08*). [834]

Bildungsdekret XIX |

Mitteilung der Akkreditierungsagentur NVAO zum Dekret, Okt. 2009 (beide auf Niederländisch)



Buchempfehlung

Immer mehr Bildung. Zukunftsinvestition oder progressive Illusion?

Josef Huber
Metropolis Verlag 2009, 18 EUR

Der forcierte Trend zu immer mehr Bildung wirft Fragen auf: Wie viel Bildung ist genug? Braucht die Wissensgesellschaft tatsächlich 50–80 Prozent Akademikerquote? Welche Art von Bildung wird überhaupt benötigt? Ist so ein Schul- und Hochschulabsolvent ein Humankapital, oder womöglich eine Fehlinvestition? Ist die Bildungsexpansion am Ende vielleicht nur planwirtschaftliche Tonnenideologie?

FRANKREICH: MARSCHBEFEHL FÜR DIE „OPÉRATION CAMPUS“

Alle zwölf Campus-Universitäten, die Nicolas Sarkozy zur Präsidentschaftswahl in 2007 zu internationalen Exzellenzzentren auszubauen versprach, sind ausgewählt. Fünf Mrd. Euro aus der Teilprivatisierung des Stromkonzerns EDF werden nun verwandt, um Hochschulen und Forschungsinstitute in engeren Kooperationseinheiten zusammenzufassen, um sie, wie Alain Bravo sagt, „in die Top Ten der Weltranglisten“ zu katapultieren. Alain Bravo leitet die Stiftung „Triangle de la physique“, die Teil der neuen Campus-Universität Saclay ist. Saclay ist das das mit 840 Mio. Euro größte geförderte Projekt, das 23 Einrichtungen im Großraum Paris umfasst.

Fürs Protokoll eine kritische Stimme: Marc Champesme, Generalsekretär der französischen Hochschulgewerkschaft SNESUP, ist besorgt, „dass durch die Schaffung dieser ‚Supercampi‘ die anderen Universitäten Gefahr laufen zu verschwinden.“ [875]

[Opération Campus](#) auf der Website des Wissenschaftsministeriums (auf Französisch)

GRIECHENLAND: HALBE ZUGESTÄNDNISSE STATT ECHTER REFORMEN

Griechische Studenten dürfen ab sofort die Prüfungsergebnisse ihrer Hochschulaufnahmeprüfungen einsehen. Die neue Bestimmung soll den Gerüchten über Vetternwirtschaft und ungerechter Bevorteiligung ein Ende machen.

Wenngleich lange erwartet, zeigt die Regelung die zögerliche Halbherzigkeit des jetzigen Bildungsministers Aris Spiliotopoulos, dessen Mandat nach dem Sieg der Sozialisten bei den vorgezogenen Wahlen am Sonntag wohl zuende sein wird. Die Studenten dürfen zwar Fotokopien ihrer Prüfung gegen eine Gebühr einsehen, die Kopien aber weder mitnehmen, noch Einspruch gegen die Bewertung erheben. [604]

BRITISCHE LOBBYISTEN WÜNSCHEN SICH „QUALITÄTSSTUDENTEN“

Schwer lässt sich die Simulation freier Marktwirtschaft aufrecht erhalten, wenn einem zu 1/3 vom Staat und zu 2/3 von den Privathaushalten finanzierten Sektor* die Quellen versiegen. Der eben veröffentlichte CBI-Report drängt daher auf „Qualität statt Quantität“, d. h. auf höhere Gebühren und selektivere Stipendienvergabe – wodurch weniger Studenten an die Universitäten kämen, die mehr einbrächten.



Wes Streeting, geb. 1983, Präsident der britischen Nationalen Studentengewerkschaft NUS seit April 2009

Die einflussreiche britische Lobbyorganisation der Industrie und Hochschulen CBI nimmt mit dieser Publikation die erste politische Weichenstellung zu den Parlamentswahlen im Juni 2010 vor, in denen beide Parteien gern über Studiengebühren schweigen würden.

Der Präsident der Nationalen Studentengewerkschaft NUS Wes Streeting nennt

den Report zynisch: „Statt zu tüfteln, wie man die Studenten noch besser ausweiden kann, sollte CBI bei sich selbst suchen, was es ins Hochschulsystem einbringen kann.“ [903]

CBI Report, Sept. 2009 | NUS-Pressemitteilung, Sept. 2009 | *, „Cross-country comparison of cost-sharing in Higher Education“, Astrid Schwarzenberger, HIS, 29.02.2008 (alles auf Englisch)

ITALIEN:

STEUERFLÜCHTLINGE SOLLEN HOCHSCHULREFORM FINANZIEREN

Durch eine neue Fluchtgeldamnestie möchte Italien illegal ins Ausland abgeführte Gelder zurückholen und mit den Erlösen die Schul- und Hochschulreform finanzieren. Die *Guardia di Finanza*, die italienische Steuerfahndung, hält bis zur gesetzten Frist im April 2010 einen Rückfluss von bis zu 300 Mrd. Euro für möglich, der mit einem Pauschalsatz von 5 % versteuert wird.

Finanzminister Giulio Tremonti weitet damit die Straffreiheit für illegal in Steueroasen wie der Schweiz angelegte Kapitalien auch auf größere Unternehmen aus.

Die geplante Hochschulreform soll Anfang November d. J. vorgestellt werden. Sie wird sich, so Ministerin Gelmini Ende September auf einer Parteiveranstaltung in Mailand, „auf den Generationswechsel, die Öffnung für Jugendliche, Belohnung von Leistung und effiziente Mittelverwendung konzentrieren“. [828]

NIEDERLANDE:

UMSTRITTENE ENTLASSUNG DES DOZENTEN TARIQ RAMADAN

Die Entlassung Tariq Ramadans als Gastdozent der Erasmus-Universität (EUR) und als Integrationsberater der Stadt Rotterdam beschäftigt die niederländische Öffentlichkeit weiter. Im August wurde dem gebürtigen Schweizer und Enkel des Begründers der ägyptischen Muslimbrüder Hassan al-Banna fristlos gekündigt, weil er von London aus die vom iranischen Staat finanzierte Sendung *PressTV* moderiert.

Die öffentliche Meinung darüber ist geteilt in Holland, das viel auf sein multikulturelles Selbstverständnis hält. Nicht der Inhalt seiner Lehrtätigkeit war der Grund für die Kündigung, weswegen zwanzig Rotterdamer Dozenten in einem offenen Brief dagegen protestiert und Professoren aus Amsterdam vorgeschlagen haben, ihn an ihre Uni zu berufen. Für Kritiker Ramadans ist seine Nähe zum antisemitischen iranischen Regime jedoch inakzeptabel. [840]

Tariq Ramadan, geb. 1962, in der Schweiz geborener, arabisch-islamischer Akademiker, Autor und Journalist



Stellungnahme Tariq Ramadans, 13.08.2009 | [Pressemitteilung](#)_der EUR, 19.08.2009 (auf Englisch)

NIEDERLÄNDISCHE STUDIENBEIHILFE IST „KEIN TABU“

Hollands Finanzminister Wouter Bos fehlen 1,1 Mrd. Euro im Bildungsbudget, um den Lehrern des Landes die gesetzlich vorgeschriebene jährliche Gehaltserhöhung zu bezahlen. Er schlägt deshalb vor, den 585.000 Studierenden des Landes (2007) die staatliche Beihilfe zu streichen.

Bisher können niederländische (und auch ausländische) Studenten ein Basisstipendium von monatlich 259 Euro und eine vom Einkommen der Eltern abhängige „Aufstockung“ von 231 Euro erhalten und brauchen beides, wie beim deutschen BAFÖG, bei guten Leistungen nicht zurück zahlen. Weitere 284 Euro können als Darlehen genommen werden, um Lebenshaltung und 1672 Euro jährliche Studiengebühren zu finanzieren.

Minister Bos sagte gegenüber der Presse, ein gänzlich kreditfinanziertes Studium sei in vielen Ländern üblich und dürfe auch in den Niederlanden „kein Tabu“ mehr sein. [846]

LUBLIN RATIONALISIERT

Durch den massiven Abbau von Arbeitsplätzen eilt die Marie-Curie-Universität in Lublin (UMCS) dem Sparkurs des Wissenschaftsministeriums voraus. Die Universität hat durch zu hohe Bauausgaben und unbezahlte Überstunden 54 Mio. Złoty (13 Mio. Euro) Schulden angehäuft und plant nun, nachdem eine Consultingagentur ihr ein Gutachten erstellt hat, 400 Servicekräfte zu entlassen. Der Gesetzesentwurf, den Kanzler Mirosław Urbanek in Lublin fürchtet, sieht vor, dass das Ministerium für drei Jahre einen kommissarischen Leiter anstelle des Rektors einsetzt, wenn die Hochschule zu lange defizitär gewirtschaftet hat. Die drohenden Kündigungen wären ein harter Schlag für die ostpolnische Stadt, in der die Universität mit 3500 Beschäftigten ein wichtiger Arbeitgeber ist. [768]

[Pressemitteilung](#) der UMCS, 25.09.2009 |

[Erklärung](#) des Gesetzesentwurfes, GAZETA, 25.09.2009 (beide auf Polnisch)

RUMÄNIENS BILDUNGSMINISTERIN UNTER BESCHUSS

Nach Verabschiedung der Bildungsreform in Rumänien reißen die Angriffe auf Bildungsministerin Ecaterina Andonescu nicht ab. Nach Monaten von Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition waren Mitte August schließlich 50 legislative Änderungsvorschläge vom Parlament angenommen worden.

Es scheint, dass Ministerin Andonescu an einigen Regelungen nachträgliche Änderungen vorgenommen hat, und so drohte Premierminister Emil Boc Ende September ihr mit Entlassung, wenn sie diese nicht rückgängig macht.

Zu den am wenigsten strittigen Neuerungen im Hochschulbereich gehören: Das Abitur wird reformiert, 7 % des BIP sollen für Bildung aufgewendet werden, die Betreuungsrelation zwischen Professoren und



Ecaterina Andonescu, geb 1948, rumänische Bildungs- und Forschungsministerin seit 2008

Studenten darf maximal 1:40 betragen, und auch private Universitäten können staatliche Forschungsmittel erhalten. [822]

Zum vollständigen [Reformtext](#), 14.08.2009 (auf Rumänisch)

RUSSISCHE FORSCHER SCHREIBEN AN MEDWEDJEW

Mehr als 120 im Ausland tätige russische Forscher haben einen offenen Brief an Präsident Dimitrij Medwedjew unterzeichnet, der sich für die Stärkung der Forschung in Russland einsetzt.

Nach Meinung der Unterzeichner herrscht ein „katastrophaler Zustand“ in der Wissenschaft, der zu einem Massenexodus der Forscher führt. Es fehlt, so schreiben sie, an einer strategischen Planung mit klaren Zielen und eine angemessene Finanzierung.

Die Forscher fordern, dass schnellstmöglich ein Planungsprozess in Gang gesetzt wird, koordiniert von der Regierung und unter Beteiligung einheimischer und ausländischer Experten. Die Strategie sollte neben der Erhöhung des Forschungsbudgets die Integration Russlands in den globalen Wissenschaftsraum und die Anwendung internationaler Qualitätsstandards anstreben. [797]

Der [offene Brief](#) an den Präsidenten, 09.09./04.10.2009 (auf Russisch)

NEUE DEBATTE UM STUDIENGEBÜHREN IN SCHOTTLAND

Die Diskussion um Studiengebühren in Schottland ist wieder aufgeflammt. Der Funke ging Mitte September von Lord Sutherland, dem ehemaligen *principal* der Universität Edinburgh, aus, als er vorschlug, dass „diejenigen, die es sich leisten können, Studiengebühren bezahlen und damit einen Teil der Stipendien für diejenigen finanzieren, die es sich nicht leisten können.“

Seitdem ebbt der Streit nicht mehr ab. Die von der Labour Party unter Tony Blair 1998 eingeführten und seither stetig angehobenen Studiengebühren wurden zwei Jahre später von der siegreichen Scottish National Party in Schottland wieder abgeschafft. Ein Sprecher dieser Partei bekräftigte in der jetzigen Debatte erneut, dass „der Zugang zu Bildung von der Fähigkeit zu lernen und nicht zu bezahlen abhängen“ sollte.

Gewarnt von der hohen Verschuldung britischer Absolventen hat die SNP im Juli diesen Jahres ein Programm zur Minderung schottischer Studienschulden gestartet (*siehe Bulletin N°029 - 1.7.2009*). [945]

SPANIEN: KOSTSPIELIGE UNIVERSITÄTSTRATEGIE

Phase eins der spanischen Exzellenzinitiative ist abgeschlossen. Aus 28 Projektanträgen wurden 15 ausgewählt. Die innovativen Campusprojekte erhalten jeweils 200.000 Euro und weitere sechs Wochen, um ihren definitiven Plan vorzubereiten, durch den sie bis 2015 in die Liga der besten internationalen Hochschulen aufzusteigen gedenken (*siehe Bulletin N°033 - 30.9.09*).

Der Exzellenzwettbewerb ist auch der Startschuss für die „Universitätsstrategie 2015“, deren Ziele Wissenschaftsministerin Cristina Garmendia am 23. September im Parlament vorgestellt hat. Der 5-Jahres-Plan wird mit 6,4 Mrd.

Euro staatlich finanziert. Es ist eine Mixtur von Maßnahmen (Infrastrukturen für Wissenstransfer, Qualitätskontrollen, Drittmittelbeschaffung, *Private-Public-Partnerships*, Modernisierung von Studien-, Sport- und Forschungseinrichtungen), die nachhaltige Impulse für die regionale Entwicklung und das Wirtschaftswachstum geben sollen. [926]

Webseite der *Estratègia Universidad 2015* |

Pressemitteilung des Bildungsministeriums, 01.10.2009 (beide auf Spanisch)

GRANADA AUF DEM FAHRRAD

Das malerisch im Tal unter der Sierra Nevada gelegene Granada soll sauberer werden. Deswegen hat die Universität ab Oktober einen Fahrradverleih für seine 60.000 Studenten eingerichtet, damit sie nicht mehr mit dem Auto oder dem Bus kreuz und quer durch die Stadt zu den Fakultäten fahren müssen.



Zunächst werden fünfzig Fahrräder bereitgestellt, nach und nach sollen es vierhundert werden, die für eine Jahresgebühr von 10 Euro jeweils für eine Stunde zwischen bestimmten Parkhäfen ausgeliehen werden können. Rektor Francisco Lodeiro und die Stadtverwaltung versprechen sich davon nicht nur eine Verminderung des Verkehrs und der CO₂-Belastung, sondern auch eine bessere Kommunikation zwischen den Fakultäten. [711]

UNGARN: ANBAHNUNG EINER NEUEN HOCHSCHULFINANZIERUNG

In Ungarn bahnt sich ein neues System der Hochschulfinanzierung an.

In seiner Rede zur Eröffnung der Technischen Universität von Budapest (BME) beklagte Jozsef Pálincás, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, das niedrige Niveau der Studenten und empfahl in einem Interview, ein leistungsorientiertes Finanzierungssystem einzuführen. Pálincás tritt dafür ein, das „exzellente“, forschungsintensive Universitäten stärker gefördert und Diplome und Doktorarbeiten differenzierter als „bestanden“ oder „nicht bestanden“ bewertet werden.

József Pálincás, geb. 1952,
Atomphysiker und Präsident der
Ungarischen Akademie der Wissen-
schaften



Ungarn hatte in den 90er Jahren eine der niedrigsten Studierendenquoten Europas. Seit 1996 werden die Universitäten nach Immatrikulationen finanziert, dadurch vervierfachte sich die Studentenzahl bis 2002. Diese Entwicklung ist rückläufig, seitdem die Zulassungshürden erhöht und qualitätsorientierte Dreijahrespläne mit den Hochschulen vereinbart wurden. [896]

Interview mit Jozsef Pálincás, *AKTÍV SZEMESZTER*, 05.10.2009 (auf Ungarisch)